Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 60 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 151. Freitag den 24. März 1893. 87. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Vermiethungen.

In den nachgenannten, der Stadtgemeinde gehörigen Grundstücken sind folgende Miethräume gegen vierteljährige Kündigung anderweit zu vermiethen:

1) **Markt Nr. 1 — Rathhaus** — Verkaufsgewölbe Nr. 28 am Naschmarkt,
2) **Naschmarkt Nr. 4 — Alte Börse** — eine Abtheilung des Gewölbes Nr. III,
3) **Grimmatsche Straße Nr. 1** eine kleine Wohnung in der IV. Etage,
4) **Kupfergäßchen Nr. 1 — ehemal. Kramerhaus** — eine Kellerabtheilung,
5) **Universitätsstraße Nr. 20** eine Kellerabtheilung,
6) **Brühl Nr. 39 — Sonnenweiser** — Niederlagsräume,
7) **Ehemal. Wachthaus an der Frankfurter Brücke,**
8) **Gemeindeamtsstraße Nr. 6 in Leipzig-Lindenau:**
   a. Niederlagsräume im Parterre links,
   b. eine kleine Wohnung in der II. Etage,
9) **Ehemal. Armenhaus in Leipzig-Lößnig** eine kleine Wohnung,
10) **Marschnerstraße Nr. 3 — Feuerwehrdepot — in Leipzig-Reudnitz** eine kleine Hofwohnung in der IV. Etage,
11) **Clavistraße 16 — ehemal. Gemeindeamt — in Leipzig-Reuschönefeld** fünf Kellerabtheilungen.

Es sind die Räume unter 1, 2 und 5 vom 1. k. M., diejenigen unter 11 vom 1. Juli und diejenigen unter 7 vom 1. October d. J. ab und alle übrigen sofort zu vermiethen.

Miethgesuche werden auf dem Rathhause, I. Etage, Zimmer Nr. 8 entgegengenommen.

Leipzig, den 20. März 1893.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Krumbiegel.

Gesucht

wird der am 9. Juli 1848 zu Merseburg geborene Schleifer **Hermann Hugo Wolff**, welcher zur Fürsorge für seine Familie anzuhalten ist.

Leipzig, den 16. März 1893.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Armenamt, Abth. II.
A. B. V, 789. Hentschel. Frk.

In der Nacht vom 6. zum 7. März 1893 sind aus der Kirche zu **Grmitz** folgende Gegenstände:

1. zwei Blumenvasen aus Zinn,
2. ein größerer Kelch von Silber oder stark versilbert. Derselbe trägt auf der Mattform bezw. Blattfeile des Fußes das Bild des gekreuzigten Christus in erhabener Form, ferner die Inschrift: „Kirche zu Kremlitz-Rühsen" — 1858;
3. ein kleinerer Kelch von Britannia-Metall;
   — beide Kelche haben ein abgenutztes Aussehen —;
4. zwei Kannen mit Silber überzogen, wovon die kleinere mit einem Deckel, auf dem sich ein kleines vergoldetes Kreuz befindet, versehen ist;
5. zwei kleine Metallteller — Patene —

gestohlen.

Es wird um Mittheilung zu den Acten J. VI f. 184/93 gebeten, wenn die Gegenstände gesehen oder zum Kaufe angeboten sind.

Halle a/S., den 20. März 1893.

Der Erste Staatsanwalt.

Fusangel.

m. Nun hat auch das Centrum sein Arnswalde-Friedeberg. Es hat den Wahlkreis Mallinckrodt's und Reichensperger's an einen aus seinen Reihen logisch Fortentwickelten verloren und zwar mit beschämender Minderheit. Der Vergleich paßt vollständig. Hier wie dort siegte der Radicalere über den Radicalen. Die Conservativen wühlten antisemitisches Wasser auf, um es auf ihre Mühle zu treiben, es brachte die antisemitische in Bewegung. Und das Centrum ließ gerade Herrn Fusangel, diesen Typus des klerikalen Demagogen, Jahrzehnte hindurch mit innigem Behagen grundstürzende Agitation treiben, ja es unterstützte ihn in seinem Treiben, bis endlich die Wähler wurden, wozu die Centrumspartei sie machen muß: radical. Es ist plumpe Heuchelei, wenn die Centrumsgrößen, die in Olpe-Meschede agitiren — wollten, jetzt auf einmal finden, „dieser Fusangel" sei ein „confessioneller Störenfried". Das war er schon vor zwanzig Jahren, als er in Würzburg in einer nicht einmal von Dr. Sigl erreichten Weise gegen den Protestantismus und das Reich hetzte. Und nicht nur gegen das Reich, auch gegen Preußen. Herr Fusangel ist der oft citirte Mann, der in den siebziger Jahren — auf bayerischem Boden — den Satz niederschrieb, „ein Rheinländer, der preußisch gesinnt sei, sei gerade so charakterlos, wie ein Pole, der russisch werden oder bleiben wolle." Und Herr Fusangel ist ein Rheinländer. Das war dem Centrum bekannt, und es gefiel dem Centrum. Auch das Centrum hegte den Wahn, dem die Drahtzieher der Demagogie so leicht verfallen, daß man gegen die Autorität des Staates straflos wüthen könne. Die Belehrung ist bitter. Katholischen Priestern wurden von den Bauern Kutten gebracht, weil jene für den Centrumscandidaten Böse eingetreten waren. Was das bei einer streng katholischen Bevölkerung besagen will, vermag nur der Kenner katholischen Lebens und der westlichen Centrumsdisciplin ganz zu würdigen. Es ist geradezu ein revolutionairer Act und nicht im Entferntesten zu vergleichen mit dem Haberfeldtreiben in Oberbayern, das gelegentlich einmal einen Pfarrer heimsucht. Die Kirche als solche hat sich bisher freilich mit radicalen Demokraten gut abgefunden, häufig besser als mit jeder anderen politischen Richtung. Nun ist aber die Socialdemokratie als eine weitere Fortbildungsschule hinzugekommen, und im Bochumer Bezirk ist der ultramontane Demokrat Fusangel, wie im Saargebiet der Caplan Dasbach, von antireligiösen Agitatoren schon vielfach abgelöst: Windthorst zeugte Fusangel, Fusangel zeugte Schröder und Bunte. Unter der bäuerlichen Bevölkerung geht es langsamer, aber es wird — unter der Masse wenigstens — auch gehen, wenn man der Demagogie, mag sie in welchem Gewande immer auftreten, nicht mit ehrlicher Entschiedenheit absagt. Hierin liegt die Lehre der Wahl in Arnsberg-Olpe. Für die nächste Zeit kann die Niederlage des Centrums die Folge haben, daß die einer Verständigung über die Militairvorlage geneigten Mitglieder der Partei mit ihrer wahren Willensmeinung hervortreten. Man hatte sich dem Terrorismus Lieber's gefügt, weil man von seinem Einfluß die Erhaltung des parlamentarischen Besitzstandes im Westen erhoffte. Der redselige Herr hat erfahren, daß er ohnmächtig ist. Er wurde in Arnsberg-Olpe geradezu verhöhnt. Damit ist für die gemäßigten Elemente im Centrum die Actionsfreiheit zurückgewonnen. Ob sie dieselbe zu gebrauchen sich getrauen, bleibt abzuwarten.

Deutsches Reich.

C. H. **Berlin**, 23. März. Mit dem lebhaftesten Eifer betreiben die Socialdemokraten schon die Wahlagitation für die möglicher Weise bald kommenden Reichstagswahlen. Die Ernennung von Candidaten ist im vollen Zuge; die Socialdemokratie will diesmal für alle 397 Wahlbezirke Candidaten bestimmen, natürlich handelt es sich bei der weitaus größeren Mehrzahl der Wahlkreise nur um Zählcandidaten. Eine ganze Anzahl Conferenzen für einzelne Wahlkreise, welche in den nächsten Tagen stattfinden sollten, ist abgesagt worden, weil die Leiter der Wahlbewegung der Meinung sind, daß nach der Auflösung des Reichstages doch sofort behufs Betreibung der Wahlagitation eine Conferenz angesetzt werden müsse. Die Eintheilung der einzelnen officiellen Wahlkreise in kleinere Unterabtheilungen ist in der letzten Zeit wesentlich gefördert worden. In der vorgestern stattgehabten Sitzung des Wahlvereins für den 3. Berliner Reichstagswahlkreis gab ein „Genosse" kund, daß angesichts der nahen Reichstagsauflösung auch der 3. Wahlkreis in Bezirke eingetheilt sei. Das letzte Mal candidirte bekanntlich hier mit den allergrößten Chancen der vielgenannte Genosse Wildberger. Die Socialdemokratie trägt sich, bezüglich des Ausfalls der nächsten Reichstagswahlen, mit stolzen Hoffnungen. Die Parteileitung glaubt weniger auf eine besonders starke Vermehrung der Mandate als auf eine gewaltige Zunahme der Stimmen rechnen zu können. In Volksversammlungen haben ja Agitatoren untergeordneter Bedeutung davon gefabelt, daß drei Millionen socialdemokratischer Stimmen würden abgegeben werden. Die jetzigen socialdemokratischen Abgeordneten dürften wohl alle, mit Ausnahme des Herrn Heine, dem die „Genossen" aus verschiedenen Gründen nicht grün sind, wieder candidiren; „Genosse" Regierungsbaumeister Keßler, von dem die Parteileitung lange nichts wissen wollte, ist jetzt in Gnaden aufgenommen, seitdem er jede Opposition aufgegeben und Bebel, Liebknecht, Singer, Auer als die vollkommensten Führer anerkannt hat. Der Reichstag könnte eventuell in die Lage kommen, den Herrn Keßler als Mitglied begrüßen zu können. Auch der „Genosse" Geiser, der Schwiegersohn des Herrn Liebknecht, dürfte, nachdem der Bann von ihm genommen, wieder im Wettbewerb um ein Mandat auftreten. Freilich das sichere Chemnitz, das jetzt der „Genosse" Schippel vertritt oder auch nicht vertritt, da er augenblicklich im Gefängniß sitzt, dürfte Herrn Geiser nicht zurückrufen, da die Chemnitzer Socialdemokraten seiner Zeit mit der Vertretung Geiser's sehr unzufrieden waren. Außer um Berlin II und III (Virchow und Munckel) dürfte um das fortschrittliche Breslauer Mandat (Bollrath), um mehrere Sitze im Königreich Sachsen, in Schleswig-Holstein, Pommern (Stettin), Hannover, in der Rheinprovinz, in Bayern (Würzburg), Württemberg (Stuttgart) der socialdemokratische Kampf sehr scharfentbrennen. Geld hat die Socialdemokratie genug, und die Berliner Arbeiterbildungsschule hat ein Heer von Agitatoren großgezogen. Volle Actionsfreiheit hat die Socialdemokratie ebenfalls; und die antisocialdemokratischen Parteien müssen, wollen sie dem socialdemokratischen Ansturm gegenüber gewappnet sein, alle Kräfte zusammennehmen und eine unermüdliche Agitation entfalten; denn sonst könnte das rothe Banner über Wahlkreisen wehen, die bisher durch patriotische, staatserhaltende Männer vertreten waren.

* **Berlin**, 23. März. Aus den Erörterungen der Blätter über die gestrige Reichstagssitzung sei im Folgenden Einiges wiedergegeben. Die nationalliberale „National-Zeitung" schreibt:

„Auch Herr von Manteuffel, unter dessen Präsidium der Tivoli-Parteitag die Wahl Ahlwardt's bejubelt hatte, fand gestern kräftige Worte zur Verurtheilung desselben; aber Herr Stöcker meinte, „ein Körnchen" Wahrheit könne doch in den Anschuldigungen sein — womit natürlich das Stichwort für die weitere Behandlung der Sache in Volks- und Wählerversammlungen gegeben ist. Wir messen Reden, wie die gestrige des Herrn von Manteuffel, nicht die geringste Bedeutung bei, so lange das thatsächliche Verhalten seiner Partei und deren Presse der Rede des Herrn Stöcker entspricht. Die Beseitigung von Uebelständen in Handel und Wandel, die man auf dieser Seite vorzugsweise den Juden Schuld giebt, erstreben auch die Liberalen, wenigstens unsere Gesinnungsgenossen, während sie im Sinne der jüngst in Hannover gefaßten Beschlüsse der antisemitischen Hetzerei, wie den Angriffen auf die verfassungsmäßigen Rechte der Deutschen jüdischen Glaubens unbedingt entgegentreten. Aber es muß immer wieder betont werden, daß die Frage nur Vorwand und Agitationsmittel für die Elemente ist, welche Figuren wie Ahlwardt an nicht einmal ansichtbaren Fäden in Bewegung setzen. Wir haben auf die Aehnlichkeit mit einem scandalösen Treiben in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre hingewiesen, wo es, wie gegenwärtig, galt, die Regierung und die leitenden Volksclassen einzuschüchtern. Aber wie nichtsnutzig das damalige Gebahren in der „Reichsglocke" und in den von dem Fürsten Bismarck gebrandmarkten „Nera-Artikeln" der „Kreuzztg." auch war — es blieb an Gefährlichkeit hinter dem heutigen doch so weit zurück, wie das damalige Maß der Aufwühlung der unteren Classen hinter dem jetzigen. Ganz anders gefährliche Instincte sind in diesen leidenschaftlichen und haben die größte Verbreitung gefunden; ganz anders, als bis 1876 oder 1877, haben diese Massen sich inzwischen des allgemeinen gleichen Wahlrechts bemächtigt. Ein Verleiter der Militairverwaltung erwähnte jüngst im Reichstag aufreizender Flugblätter, die neuerdings vielfach in den Casernen gefunden worden. Alle derartigen Agitationen, sie mögen socialdemokratisch, anarchistisch mit oder ohne specielle Ahlwardt-Färbung sein, ziehen ihre Kraft aus der nämlichen Gährung, in welche viele Schichten der Bevölkerung durch die Verdächtigung von der angeblichen Fäulniß des Staates und der Gesellschaft versetzt werden. Man kann nicht eine Art dieser Agitationen erfolgreich bekämpfen, wenn man eine andere fördert. Das schadenfrohe Lächeln, womit jetzt Mancher dem Treiben der Ahlwardt und Genossen zuschaut, ist verzweifelt ähnlich der Schadenfreude, mit der vor hundert Jahren in Frankreich bald die eine und bald die andere politisch-sociale Gruppe ihre Gegner untergehen sah; das schadenfrohe Lächeln entlarvt ihnen allesammt — auf der Guillotine. In Deutschland ist es noch Zeit, einen ähnlichen Gange der Dinge vorzubeugen, aber zu früh ist es nicht dazu."

Die hochconservative „Kreuzzeitung", in welcher der Reichstagsabgeordnete Ahlwardt seinen hervorragendsten Vathen zu verehren hat, bemerkt:

„Wir finden das Auftreten Ahlwardt's beispiellos und unerhört und nehmen nicht den mindesten Anstand, ihn den „schlimmsten Verleumdern" zuzuzählen. Ahlwardt hat erklärt, daß er bereit sei, 11 Actenstücke auf den Tisch des Hauses niederzulegen, welche darthun sollen, daß bei der Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds sich Dinge zugetragen hätten, durch welche das deutsche Volk um Hunderte von Millionen betrogen worden sei. So lange er diese Zusage nicht einzulösen vermag, ist er, das wiederholen wir, als ein Verleumder der schlimmsten Art anzusehen und zu behandeln."

Die deutsch-freisinnige „Vossische Zeitung" schreibt:

„So lange der Reichstag steht, sind derlei Besichtigungen unerhört. Was Wunder, daß selbst der conservativen Partei bei dem Gebahren des Mannes ihrer Wahl unbehaglich und schwül wurde! Man konnte sich nicht verhehlen, daß eine scandalüstierne Menge gierig jede Verdächtigung als Wahrheit aufnehmen und weiter tragen, daß das Ausland und zumal Frankreich schadenfroh nach den Ufern der Spree blicken werde, da die vielgepriesene catonische Sittenstrenge des preußischen und des Reichsbeamtenthums nunmehr im düstersten Lichte und neben Herrn Miquel vielleicht noch Herr Bethmann als ein Ehrenmann erscheine. Herr Ahlwardt hat sich als „Staatsretter" bezeichnet, als Priester der Wahrheit, der reinen Wahrheit. Wenn er vor Gericht als gewerbsmäßiger Ehrabschneider gekennzeichnet und verurtheilt wurde, dann soll das ein von plus ultra von Nichtswisser sein. Einstweilen aber ist der Reichstag in die Ferien gegangen, und Herr Ahlwardt sieht nicht als Verfolgter da, der den Augiastall gesäubert hätte. Die Rolle, die er gestern spielte, war kläglich oder komisch, und die Führer der Parteien waren nur im Zweifel, ob sie ihn mehr verdammen oder bemitleiden sollten."

Der socialdemokratische „Vorwärts" bemerkt:

„Herr Ahlwardt hatte den Reichstag mit einer Antisemiten-Versammlung verwechselt; er hat geglaubt, daß er auch hier mit unbewiesenen Behauptungen und hohlen Anschuldigungen so operiren könne, wie vor seinen politischen Freunden. Dieser falsche Glaube, verbunden mit einem trostlosen Mangel an Selbstachtung und politischer Einsicht, hat den lorbeerbekränzten Heros der Antisemitenversammlungen heute im Reichstag in eine Rolle gebracht, wie sie so erbärmlich noch kein Abgeordneter eines Parlaments je gespielt hat."

= **Berlin**, 23. März. (Telegramm.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" veröffentlicht einen Epilog zu den gestrigen Reichstagsdebatten, in welchem sie Ahlwardt energisch verurtheilt.

∞ **Berlin**, 23. März. (Telegramm.) Heute fand im Cultusministerium unter dem Vorsitz des Directors der Medicinalabtheilung Dr. Bartsch eine Conferenz von Vertretern der betheiligten Ministerien statt, um Maßregeln für den Wiederausbruch der Cholera zu berathen und insbesondere Grundsätze für die Bestreitung der zur Abwehr der Seuche etwa erwachsenden Kosten zu vereinbaren.

Y. **Berlin**, 23. März. (Telegramm.) Dem „Reichsanzeiger" zufolge werden die von der hiesigen Sternwarte regulirten Normaluhren am Nachmittag des 31. März zwischen 4 und 7 Uhr auf die mitteleuropäische Zeit gebracht, das heißt um 6 Minuten 25 Secunden verstellt werden.

— Im Hinblick auf die bekannten Vorgänge im Reichstage bringt die „Nat.-Ztg." über die Entstehung und die Bedeutung des Invalidenfonds Folgendes in Erinnerung:

„Er wurde im Jahre 1873 aus der französischen Kriegsentschädigung gebildet. Der Krieg hatte eine große Militair-Pensionslast geschaffen; es fragte sich, ob man die zahlreichen Pensionen der in den Jahren 1870 und 1871 invalide gewordenen Officiere und Soldaten auf den gewöhnlichen Pensionsetat übernehmen sollte, so daß sie aus den laufenden Einnahmen des Reiches zu bestreiten wären, oder ob behufs Entlastung dieser ein besonderer Fonds gebildet werden sollte. Indem man sich mit Recht für das Letztere und für die Dotirung des Fonds aus den Kriegsentschädigungs-Milliarden entschied, konnte es sich selbstverständlich nur darum handeln, ihn so hoch zu normiren, wie der Zweck es erforderte, d. h. so hoch, daß er bis zum Tode des letzten Kriegsinvaliden ausreicht. Es wurde daher berechnet, welche Summe zur Deckung des Bedarfs erforderlich sei, wenn außer den Zinsen des Fonds allmälig auch das Capital für die Pensionszahlungen verwendet würde. Demgemäß wird der Invalidenfonds mit 187 Millionen Thaler oder 561 Millionen Mark dotirt. Wie sich später herausstellte, war die Rechnung insofern nicht ganz zutreffend, als auch ein geringeres Capital ausgereicht hätte; der Ueberschuß, welcher sich somit ergiebt, macht es erfreulicher Weise möglich, die Pensionen der Kriegsinvaliden eben jetzt einigermaßen zu erhöhen. Nach der von der Verwaltung des Invalidenfonds für den 30. Juni 1891 aufgestellten Bilanzberechnung ergab sich ein Activbestand von 463 084 078 ℳ, während sich der Capitalwerth der gegenüberstehenden Verbindlichkeiten einschließlich der Verwaltungskosten auf 346 115 704 Mark bezifferte, so daß der Activmasse des Fonds anschlagsmäßig den Capitalwerth der Verbindlichkeiten um 116 968 374 ℳ überstieg. Seither hat sich hierin, zur Sicherstellung der auf den Fonds angewiesenen Ausgaben erheblicher Ueberschuß noch erheblich erhöht. Soweit in den confusen Aeußerungen des Herrn Ahlwardt ein greifbarer Inhalt zu finden ist, scheint diese Zierde des deutschen Parlaments der Meinung zu sein, man hätte 1871 den Invalidenfonds so hoch dotiren müssen, daß die Zinsen allein schon zur Zahlung der Pensionen ausgereicht hätten und das Reich somit im Besitz des Capitals geblieben wäre. Schwerlich verfällt Herr Ahlwardt auszurechnen, wie doch das letztere hätte sein müssen, um lediglich durch Zinsen Verpflichtungen zu decken, zu deren Erfüllung bei der stattgehabten Normirung des Fonds außer den Zinsen desselben noch eine allmälige Capital-Aufzehrung in Höhe von 400 Millionen Mark sich nothwendig erwiesen hat. Der Gedanke des Herrn Ahlwardt — falls man in diesem Falle von einem solchen überhaupt sprechen kann — ist aber vollkommen unsinnig. Der Rest der Kriegsentschädigung nach der Deckung der Kriegs- und Reichslistenement-Kosten, der Füllung des Festungs-, des Reichstagsbau-Fonds, des Kriegsschatzes ꝛc. ist s. Z. zur Schuldentilgung verwendet worden. Hätte man im Reichsinvalidenfonds nach der Insinuation des Herrn Ahlwardt, resp. seiner Gleichgesinnten, ein ungeheures, für den Zweck des Fonds entbehrliches Capital aufgehäuft, so wären entsprechend weniger Schulden getilgt worden. Erwägt man außerdem, daß allein im Reiche seit 1876 ungefähr 1000 Millionen Mark neue Schulden entstanden sind, so braucht weiter kein Wort über jenes finanzpolitische Geschwätz verloren zu werden; die Schuldenlast des Reiches und der Einzelstaaten wäre jetzt um die Summe höher, welche man 1873 unnützigerweise dem Invalidenfonds überwiesen hätte, d. h. die Finanzlage wäre genau dieselbe wie jetzt."

— Der „Danz. Ztg." wird die Mittheilung, daß Minister Miquel bei den Verhandlungen mit Rußland die Herabsetzung des Zolls auf Roggen und Hafer ausschließen wollte, von zuverlässiger Seite als unrichtig bezeichnet.

— Der Verein für Socialpolitik wird nach der „Köln. Ztg." auf die Tagesordnung seiner nächsten Hauptversammlung die Frage der gewerblichen Cartele setzen.

— Die Mittheilung, der socialdemokratische Abg. Singer habe wegen nervöser Ueberreizung eine Heilanstalt aufsuchen müssen, wird dementirt.

— Ueber eine von socialdemokratischer Seite beabsichtigte Ueberwachung der Gewerberichter berichtet die „Freis. Ztg.":

„Die Beisitzer zu den neuen Gewerbegerichten in Berlin aus der Classe der Arbeitnehmer sind bekanntlich auf den Vorschlag der socialdemokratischen Streikcontrol-Commission in Berlin gewählt worden. Diese Commission hat, nach der „Gewerkvereins-Correspondenz", beschlossen, zur Controle der Gewerberichter eine Ueberwachungscommission zu bilden, die zu controliren hat, ob sich die Beisitzer in ihren Abstimmungen auch einzig von socialdemokratischen Gesichtspuncten leiten lassen. Das Richteramt darf nur im socialdemokratischen Sinne ausgeübt werden; Recht soll zwar Recht bleiben, aber nur insoweit, als nicht dadurch gegen die socialdemokratische Weltanschauung der Wähler verstoßen wird!"

* **Hamburg**, 23. März. Die „Hamb. Nachr." beschäftigen sich wiederum mit der Frage der Reichstagsauflösung. In dem Artikel heißt es: „Unserer Ansicht nach würde der Wahlkampf, wenn er jetzt eröffnet, zweifellos zu einer Niederlage der Regierung führen, nach der wir allerdings nicht sicher wären, innerhalb welcher Schranken die Erbitterung hierüber ihren Ausdruck suchen und welche Folgen das haben würde. Unserer Auffassung nach kann die Regierung auf dem Boden der vorhandenen staatsrechtlichen Traditionen sich weit leichter mit der Ablehnung der jetzigen Vorlage durch den jetzigen Reichstag abfinden als mit einer zweiten Niederlage durch den neugewählten Reichstag. Letztere wäre aber gewiß. Dies wird sofort klar, wenn man bedenkt, daß schon im jetzigen Reichstage, der nach allgemeinem Dafürhalten der Militairvorlage günstiger ist, als sein Nachfolger es sein würde, die Zahl der Freunde der Vorlage eine sehr geringe ist. Sie beschränkt sich in der Hauptsache auf die Conservativen, die aber wegen der Bedenken, die ihnen die zweijährige Dienstzeit einflößt, nur widerwillig dem General Caprivi Heeresfolge leisten. Alle übrigen größeren Parteien sind Gegner der Vorlage; selbst von den Nationalliberalen glauben wir nicht, daß sie sich in ihrem betreffenden Theile schließlich zu mehr als platonischer Hingabe an die Vorlage bereit finden lassen würden. In dem nach Auflösung des jetzigen neu zu wählenden Reichstages würden die Aussichten der Vorlage nothwendig aber noch geringer sein müssen. Wir nehmen an, daß die Kosten der Wahlbewegung die gemäßigten Elemente der Mitte zu tragen haben würden, und glauben, vielleicht mit Ausnahme einiger eingeschüchterter Grenzdistricte, an eine starke Vermehrung der oppositionellen Fractionen. Dies um so mehr, als wir nach den bisherigen Erfahrungen nicht die Ueberzeugung haben, daß die Regierung über Kräfte verfügt, die ausreichen würden, um in einer so stürmischen Wahlbewegung, wie die bevorstehende es sein würde, das Steuer des Regierungsschiffes allen Stürmen und Wellen zum Trotz sicher in den Hafen zu führen. Unter diesen Umständen halten wir es für eine Pflicht der Regierung, sich jeder Empfindlichkeit über das Scheitern der Militairvorlage zu enthalten. Ein Nachtheil entsteht in keiner Weise, wenn das Zustandekommen der Vorlage für jetzt nicht forcirt wird, während nicht abzusehen ist, wie groß der Schaden für unser politisches Leben und für die Entwickelung der Zukunft sein würde, wenn es jetzt zur Auflösung kommt. Dem gegenüber sollte es für eine Regierung, die sich ihrer Verantwortlichkeit bewußt ist, kaum einen Zweifel darüber geben, wie sie ihre Entscheidung zu treffen hat, und deshalb glauben wir trotz aller entgegenstehenden psychologischen Gründe und Momente nicht, daß es der Regierung ernst ist mit ihren Auflösungsabsichten, sondern daß die Ankündigung derselben nur den Zweck hat, in letzter Stunde die Annahme der Militairvorlage zu ermöglichen. Wird dieser Zweck, wie wir erwarten, nicht erreicht, so hoffen wir, daß sich die Regierung mit dem fait accompli in angemessener Weise abzufinden und den Weg der Modification der Vorlage, der allein gefahrlos ist, einzuschlagen wissen wird."

* **Vom Rhein**, 22. März. Als in gleicher Richtung mit der bereits mitgetheilten Erklärung des Freiherrn von Huene für den schlesischen Bauernverein citirt die „Köln. Volksztg." einen Artikel des „Rheinischen Bauer", des Organs des „Rheinischen Bauern-Vereins", worin es heißt: „Wir halten es für sehr richtig, daß die Vertreter der Bauernvereine aus Rheinland, Westfalen und Schlesien, welche in Berlin anwesend waren, sich von der in Rede stehenden Bewegung fern gehalten haben. Aber auch die Form, in der man weiter gehen will, halten wir nicht für zweckmäßig. Der „Bund der Landwirthe", den man in der Tivoli-Versammlung gegründet hat, soll alle deutschen Landwirthe in diese eine Vereinigung zusammenfassen. Das wird erstens nicht gelingen. Die Herren Freiherr v. Hornstein aus Baden und Bürgermeister Moeren aus der Rheinprovinz, welche man in den Vorstand wählte, haben bereits abgelehnt und die Zurückhaltung der Bauern-Vereine wird zweifellos fortbestehen. Die beabsichtigte Centralisirung wäre aber zweitens auch unzweckmäßig. Was wir daher für wünschenswerth halten, ist, daß in einzelnen, namentlich den wichtigeren die Landwirthschaft berührenden Fragen Verhandlungen zwischen den verschiedenen Vereinen und womöglich Verständigungen stattfinden, welche ein concentrisches, einmüthiges Vorgehen der Gesetzgebung gegenüber ermöglichen. So viel über diese agrarische Bewegung und den aus ihr hervorgegangenen „Bund der Landwirthe", dessen weitere Entwickelung wir einstweilen in Ruhe abwarten wollen."

SLUB
Wir führen Wissen.